

## **CDU - Fraktion**

### **Haushaltsrede 2026**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen in der Gemeindevertretung,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeindevorstands,  
verehrte Gäste,

zu Beginn möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion herzlich bei der Verwaltung bedanken, insbesondere bei Herrn Koch sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihr Engagement bei der Ausarbeitung des Haushaltsentwurfs und die ausführliche Beantwortung unserer Fragen ermöglichen uns jedes Jahr aufs Neue, eine fundierte Beratung durchzuführen. Dafür gebührt Ihnen unser ausdrücklicher und umfassender Dank.

Bei der Vorbereitung auf die heutige Sitzung habe ich festgestellt, dass ich das Privileg habe, den Höchster Bürgerinnen und Bürgern nun bereits im zehnten Jahr eine Stimme in dieser Gemeindevertretung sein zu dürfen. In zehn Jahren – da werden mir diejenigen unter Ihnen, die schon mindestens genauso lang, wenn nicht schon wesentlich länger dabei sind, wahrscheinlich zustimmen – erwirbt man ein gewisses Gespür dafür, was gut läuft, aber auch für das, welche Bereiche grundsätzlich mit Problemen behaftet sind. Diese positiven, wie auch die problematischen Entwicklungen spiegeln sich regelmäßig im jährlichen Haushaltsplan wider.

Besonders hervorheben möchte ich auf der positiven Seite im Wesentlichen drei Punkte:

Das betrifft zum einen - neben den generell sich auf einem stabilen Niveau befindlichen Investitionen in die Ausstattung unserer Freiwilligen Feuerwehr sowie der Einstellung eines hauptamtlichen Gerätewarts - im Besonderen das Feuerwehrhaus Höchst-West, für das in diesem Jahr vor allem die Generalunternehmensausschreibung ansteht,

bevor dann endlich mit dem Bau begonnen werden kann. Die voraussichtliche Fertigstellung ist für 2029 vorgesehen.

Ich wiederhole es an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich: Das Feuerwehrhaus Höchst-West ist Leuchtturmprojekt für die zukünftige Aufstellung unserer Gemeinde im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes, denn hier werden hochwertigste Einsatzausstattung und Manpower, also das Können, die Motivation und die Erfahrung der Einsatzkräfte effektiv zusammengeführt. Dabei werden keineswegs erforderliche personelle und finanzielle Ressourcen einfach weggekürzt, sondern Potenziale in bestmöglicher Art und Weise mobilisiert.

Ebenfalls begrüßen wir sehr die weitere Stabilisierung der personellen und sachlichen Ausstattung des Ordnungsamtes sowie des Sicherheits- und Ordnungsbereiches im Allgemeinen. Hervorzuheben ist an dieser Stelle besonders die Anschaffung eines Kamerasystems zur besseren Sicherung des Montmelianer Platzes. Dies aus mehreren Gesichtspunkten heraus: Dass Sie nun endlich – nach insgesamt 3 Antragstellungen der CDU-Fraktion über einen Zeitraum von sieben Jahren hinweg, in denen Sie sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt haben – zu der Erkenntnis gelangt sind, dass dem offensichtlich sinkenden Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger Gehör geschenkt werden sollte und dem Beitritt zum KOMPASS-Programm zugestimmt haben, eröffnet insbesondere im Vernetzungs-, Schulungs- und Workshop-Bereich unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger viele Möglichkeiten. Noch dazu stehen die Chancen wohl gut, dass wir – so lässt sich das jedenfalls den Ausführungen des Innenministers entnehmen – hoffentlich noch in diesem Jahr eine Schutzfrau vor Ort hier bei uns begrüßen dürfen.

Diese Maßnahmen werden sowohl die objektive Sicherheit als auch das subjektive Sicherheitsgefühl in unserer Gemeinde spürbar stärken.

Gleichwohl besteht bei nicht wenigen Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor in einigen Bereichen, vor allem an öffentlichen Plätzen in unserer Gemeinde ein maximal unwohles Gefühl. Dies ist vor allem auf Müll, Unrat und mangelnde Beleuchtung zurückzuführen, aber auch auf das Verhalten, das einem entgegengebracht wird, wenn man Zivilcourage zeigt und die Personen anspricht, die unser aller Grund und Boden und die Menschen drumherum mit Respektlosigkeit behandeln.

Ich betone das an dieser Stelle ganz deutlich:

Es ist weder akzeptabel, dass sich vor allem junge Frauen – und ich spreche da aus eigener Erfahrung - zu späterer Stunde drei Mal zu überlegen genötigt sehen, ob sie die Bahnhofstraße oder die Erbacher Straße trotz ihres unwohligen Gefühls alleine entlanglaufen sollen - noch, dass öffentliche Plätze wie große Mülldeponien behandelt werden, obwohl die entsprechenden Eimer tatsächlich direkt danebenstehen.

Die Neugestaltung des Montmelianer Platzes hat einen deutlich siebenstelligen Betrag vereinnahmt. Deshalb ist es nun umso wichtiger, ihn effektiv vor Vandalismus und Vermüllung zu schützen. Dabei werden vor allem die Präsenz von Kameras und Ordnungsamt entscheidende Faktoren sein und das hat nichts mit einem Überwachungsstaat gemein, sondern dient der Verbesserung objektiver und subjektiver Sicherheit gleichermaßen. Und sollte das nicht ausreichen, muss man sich in der kommenden Wahlperiode neben den sicherlich sinnvollen Fragen von Information und Aufklärung gegebenenfalls auch mit der Einführung neuer oder Verschärfung vorhandener Satzungen befassen.

Zuletzt möchte ich die unter einem der vorherigen Tagesordnungspunkte auf den Weg gebrachte Neuaufstellung des Schwimmbadbetriebs in den Fokus stellen. Wir dürfen uns in der kommunalen Selbstverwaltung nicht nur den – unbestreitbar elementaren- Pflichtaufgaben widmen, sondern müssen auch im Bereich der freiwilligen Leistungen ein lebenswertes Höchst gestalten. Dazu gehört aus Sicht der CDU-Fraktion neben dem Erhalt unserer kulturellen Anlagen, den Sport- und Spielplätzen auch der Erhalt und die Fortentwicklung des Schwimmbades. Neben der Entspannung und dem gesellschaftlichen Austausch und der Erholung spielt dabei vor allem auch die Möglichkeit des Schwimmenlernens eine entscheidende Rolle. Denn noch immer ist es so, dass nach einer aktuellen u.a. vom DLRG veröffentlichten repräsentativen Forsa-Umfrage etwa 20% der Sechs- bis Zehnjährigen das Schwimmen nicht beherrschen. Deshalb ist es umso wichtiger das Höchster Freibad zu erhalten, damit auch zukünftig so früh wie möglich diese im Ernstfall lebensrettende Fähigkeit beigebracht werden kann. Zusammen mit der Kurgesellschaft Bad König begeben wir uns hier auf einen guten Weg.

Natürlich gäbe es noch mehr, wie etwa die Glasfaserausbaue, die Errichtung des Funkmasts zwischen Annelsbach und Pfirschnbach oder die allmählich in greifbare Nähe rückende Eröffnung des Waldkindergartens. Aber leider ist die am heutigen

Abend zur Verfügung stehende Zeit endlich, sodass ich mich auf das Vorstehende begrenze.

Nachdem ich die positiven Aspekte beleuchtet habe, die bereits gut umgesetzt wurden oder zumindest in die richtige Richtung weisen, muss ich ausdrücklich auch die Herausforderungen ansprechen, die in diesem Jahr besonders deutlich zu Tage treten. Dies zeigt sich nicht nur an der bevorstehenden, signifikanten Erhöhung der Grundsteuerhebesätze, sondern auch an der allgemeinen finanziellen Situation unserer Gemeinde.

Im aktuellen Planungsstand ist vorgesehen, die Grundsteuer A bis Ende 2029 auf 500 Punkte und die Grundsteuer B auf 1000 Punkte anzuheben. Das entspricht jeweils einer Steigerung von 260 bzw. 510 Punkten – und damit einer Verdoppelung gegenüber dem Haushaltsjahr 2025. Diese deutliche Erhöhung, wobei im Jahr 2026 die Anhebung der Grundsteuer A auf 380 Punkte und die Anhebung der Grundsteuer B auf 580 Punkt vorgesehen ist, während die Gewerbesteuer 400 Punkt beträgt, wird in den kommenden drei Jahren schrittweise umgesetzt und stellt für viele Bürgerinnen und Bürger eine erhebliche Mehrbelastung dar.

Grundsätzlich lässt sich eine solche Erhöhung, um einen Liquiditätsverlust zu vermeiden, wohl leider nicht umgehen. Ohne diese Maßnahme würde die Gemeinde in rasantem Tempo zahlungsunfähig werden, was negative Auswirkungen sowohl auf Neuinvestitionen als auch auf die Erfüllung unserer Pflichtaufgaben hätte. Für meine Fraktion wäre die Erhöhung der Grundsteuer in diesem Jahr auf 580 Punkte zwar absolut kein Grund zur Freude, dennoch hätte sie für sich genommen nicht zwangsläufig dazu geführt, dem Haushalt die Zustimmung zu verweigern.

Denn nicht nur wir stehen vor einer schwierigen finanziellen Lage, die Problematiken, die mit einer Rezession - wie wir sie nun einige Jahre erlebt haben- , einhergehen, machen vor nahezu keinem Landkreis und keiner Kommune Halt.

Und ja – auch die CDU-Fraktion fände es, besonders in Zeiten wie diesen, besser, wenn in Finanzierungsfragen das Bestellerprinzip zur Anwendung käme. Dadurch würde sich so manche nach unten gereichte Pflichtaufgabe noch ein bisschen intensiver durchdacht werden.

Unabhängig davon, was Land und Bund tun könnten oder sollten, bilden die hier zur Abstimmung stehenden Hebesätze nicht wieder, was wir noch in diesem Jahr realistischerweise erwarten dürfen. Denn es müsste – das ist ein jedem und jeder in diesem Raum hoffentlich bewusst – schon ein Wunder geschehen, damit der Kreis in seinem eigenen Haushalt in der Kreis- und Schulumlage nicht über die 60%-Marke gehen muss, um seinerseits einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen.

Wenn dieser Fall eintritt, was erwartungsgemäß schon in wenigen Monaten der Fall sein dürfte, dann wird die neue Gemeindevertretung in den Nachtragshaushalt gehen müssen und dann können wir froh sein, wenn die für nächstes Jahr angedachten 900 Hebesatzpunkte zur Deckung dieser Mehrbelastung überhaupt ausreichen. Eben diese 900 Hebesatzpunkte waren, wie uns allen bekannt, im Übrigen Stand 17.12.2025 in Variante 2 der vorgelegten Varianten bereits für 2026 angedacht. Warum waren sie dort bereits angedacht? Weil sie die drohende Zahlungsunfähigkeit durch den abgemilderten Rückgang der Rücklagen – von denen wir ohnehin nur so lange zehren können, weil in den vergangenen Jahren in massivem Umfang Gelder eingestellt, aber dann nicht verbraucht wurden (Stichwort Investitionsstau)- von 2027 auf 2028 verschiebt, während dieser Zustand bei Variante 1 – Anhebung der Grundsteuer B auf 550 Punkte – bereits Mitte 2027 eintritt.

Dass der Wert 580, wie sie heute beschlossen werden sollen, nicht weit entfernt von 550 liegt, muss nicht näher kommentiert werden, zeigt aber eindrucksvoll, auf welchen Zustand wir uns zubewegen, Einrechnung des kommunalen Anteils am Sondervermögen hin oder her.

Nun sind signifikante Grundsteuererhöhungen nichts, was man gerne beschließt und direkt vor einer Kommunalwahl mag die Motivation dazu noch geringer sein als zu anderen Zeiten. Aber in der Form, in der die Mehrheit dieses Hauses die Hebesätze heute Abend festsetzen wird, taugen sie eher als Wählerbesänftigungsmaßnahme als zu einer ehrlichen und transparenten Diskussionsgrundlage für kommende Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen. Dauerhaft auf Kredite angewiesen zu sein und ein Berg aus zu zahlenden Zinsen anzuhäufen ist leider weder nachhaltig noch generationengerecht.

Auch in der Frage der Prioritätensetzung stimmen wir in diesem Jahr nicht mit der Mehrheit überein.

Im Kindergartenbereich gilt es angesichts der finanziell angespannten Lage mutige Entscheidungen zu treffen, die wir in den Ausschüssen mit unseren Anträgen hinterlegt haben.

Sowohl das Projekt „Otto-Koch-Haus“ als auch das Projekt „KiTa zu den Birken“ kalkulieren derzeit mit klassischen Fördergeldern im Bereich des KiTa-Baus, die es zum Stichtag 02. März 2026 nicht gibt. Zu finanzieren sind jeweils in voller Höhe Investitionsvolumen von 3,3 Mio und 3,9 Mio Euro. Dabei hilft es in der konkreten Situation wiederum nichts, mit dem erhobenen Zeigefinger Richtung Land zu zeigen. Wir sehen uns vielmehr zu erfüllenden Rechtsansprüchen gegenüber. Das bedeutet konkret: Bedarfe an KiTa-Plätzen müssen gedeckt werden. Ein Mehrbedarf an Plätzen wird - das haben wir im Haupt- und Finanzausschuss klar und deutlich gehört - durch das Projekt „Otto-Koch-Haus“ nicht gedeckt und das, obwohl die Geburten leicht angestiegen sind. Bei diesem Projekt geht es ausschließlich um eine räumliche Verschiebung von Gruppen von der KiTa am See weiter hinein in die Ortsmitte und die Einsparung der Kosten für die Anmietung der Container am See. Am Rande bemerkt hätte man diese wiederkehrenden Kosten i.H.v. etwa 120.000 € jährlich schon längst durch einen Kauf vermeiden können.

Die klaren Argumente für eine Abkehr vom Kauf des Otto-Koch-Hauses und der Priorisierung des Projekts „KiTa zu den Birken“, wie wir es in den Ausschüssen beantragt haben, sind die folgenden: Erstens: In unserer finanziellen Situation und unter Berücksichtigung des Bedarfs muss zwingend priorisiert werden. Die Umsetzung beider Projekte ist unter den gegebenen Umständen nicht machbar. Da mag es noch so verständlich sein, dass man gegenüber der Kirche Wort halten will- die Verpflichtung dieser Gemeindevertretung gilt zuvörderst dem sorgsamem Umgang mit Steuergeldern. Ein notarieller bindender Vorvertrag ist noch nicht geschlossen, ein Ausstieg aus dem Projekt dementsprechend rechtlich noch unproblematisch möglich.

Zweitens: Die Bausubstanz des vorhandenen Gebäudes in Hassenroth lässt ein noch weiteres Zuwarten kaum noch zu. Hier muss zwingend etwas getan werden! Durch einen Neubau oder aber die Sanierung des vorhandenen Gebäudes in Kombination An- und Umbau ließen sich nicht nur dauerhaft die Mietkosten für das Gebäude im Grünen Weg einsparen, sondern auch noch mindestens eine weitere Gruppe

unterbringen. Bedenkt man, dass auch durch die im 1. Quartal des Jahres 2027 geplante Eröffnung des Waldkindergartens ein Teil der Bedarfe gedeckt werden kann, ergibt sich zusammengefasst eine Entspannung der Bedarfssituation.

Drittens – und das spricht unter Umständen sogar mehr für die Sanierung des vorhandenen Gebäudes: Fördergelder lassen sich sehr wohl genieren, und zwar im Bereich der energetischen Sanierung. Warum das für das Otto-Koch-Haus gilt, für die KiTa zu den Birken aber keine Rolle spielen soll, erschließt sich schlichtweg nicht.

Zusammengefasst lässt sich also feststellen: Sie finalisieren den Kauf eines Gebäudes, nicht um vorhandenen Mehrbedarf zu decken, sondern ausschließlich um Gruppen räumlich zu verschieben, was uns im Umbau nicht nur einen deutlich siebenstelligen Betrag kosten, sondern in Zukunft auch zu Instandhaltungskosten führen wird, die wir voraussichtlich nur über eine steigende Grundsteuer decken können. Das klingt nach einem „interessanten“ Deal.

Nicht weniger treibt meine Fraktion der Ergebnishaushalt, hier konkret der Produktbereich 12, die Instandhaltungen unserer gemeindlichen Infrastruktur, insbesondere der Straßen.

Auf unseren Antrag hin war vor einigen Jahren entschieden worden, den Ansatz jährlich auf mindestens 300.000 € festzusetzen. Im Jahr 2024 sind sogar 389.000 € verausgabt worden, weshalb der Ansatz im Jahr 2025 auf 448.000 € beschlossen wurde. Im Jahr 2026 sollen es gerade einmal 185.000 € sein und das, obwohl der Instandhaltungsbedarf keineswegs gesunken ist.

Die Senkung des Ansatzes ist vielmehr auf bewusste Einsparungen zurückzuführen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über bewusste Einsparungen sprechen, dann kann man über vieles diskutieren – was man allerdings keinesfalls tun sollte, ist ausgerechnet an unserer Infrastruktur zu sparen! Denn wer an der Infrastruktur spart, der sägt sehenden Auges an unserem kostbarsten Gut. Wer ihrem Erhalt und ihrer Fortentwicklung nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt, riskiert die sinkende Attraktivität des Standorts Höchst für Wohnen und Gewerbe gleichermaßen. Deshalb haben wir im Ausschuss beantragt, orientiert am Ergebnis 2024, den Ansatz auf 400.000 € festzusetzen. Diesen Antrag haben Sie nur nicht abgelehnt, sondern offensichtlich auch keine Notwendigkeit gesehen, mit einem eigenen Antrag und Ihrer

eigenen Mehrheit die Erhöhung dieses Ansatzes auf einen anderen Betrag festzulegen.

Dementsprechend müssen Sie sich auch entgegenhalten lassen: Was nutzen eigentlich all die hübschen Plätze, wenn man sie zukünftig nicht mehr erreichen kann? Wenn die Schäden im Asphalt so groß werden, dass keine Warnhinweisbeschilderung mehr nötig ist, um sie zu sehen? Wenn sich der ein oder andere potenzielle Unternehmer gegen den Standort Höchst entscheidet, weil die Grundvoraussetzungen nicht mit den umliegenden Kommunen konkurrieren können?

Da nützt es auch nichts auf die fehlende Person hierfür im Bauamt zu verweisen. Bei solch elementaren Dingen wie die Erhaltung unserer Infrastruktur als Kernelement alles kommunalen Handelns muss man aus unserer Sicht zwingend in Erwägung ziehen, solche Aufgaben auch extern zu vergeben. Finanzieren ließe sich das auch, denn wie wir im Bauausschuss erfahren haben, sollen wohl Gelder im Bereich der Baumaßnahme Erbacher Straße übrig oder zumindest zu erwarten sein, welche die 45.000 €, die die Kollegen von Grünen für die Begrünung des Ortskerns einstellen wollten, um mindestens das 10-fache übersteigen.

Darüber hinaus ist auch dieses Jahr leider festzustellen, dass die dringend erforderliche energetische Sanierung des Rat- und Bürgerhauses keine Rolle spielt.

Die CDU-Fraktion wird diesen Haushalt daher ablehnen.

Es bleibt mir nicht mehr viel zu sagen als Ihnen allen, der jetzigen Gemeindevertretung für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen 5 Jahren zu danken – ich hab mir sagen lassen, das lief schon mal anders – sowie den neuen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern viel Mut und die Kraft zu wünschen, auch wenn es darum geht, einmal getroffene Entscheidungen von Zeit zu Zeit zu überdenken und falls erforderlich auch notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen. Den Mut, eben nicht nur den Finger in die Wunde zu legen, sondern auch aktiv zu gestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die CDU-Fraktion: Fraktionsvorsitzende Catherina Singer